

Mehr Trinkwasser aus Esch/Sauer

SEBES Von 72.000 auf 110.000 Kubikmeter pro Tag

Léon Marx

Die Trinkwasser-aufbereitungsanlage des Sebes („Syndicat des eaux du barrage d’Esch-sur-Sûre“) wird von derzeit 72.000 m³/Tag auf 110.000 m³/Tag (zwei getrennte Aufbereitungslinien von 55.000 m³/Tag) erweitert. Das in unserer Ausgabe vom 6. Juni vorgestellte entsprechende Gesetzesprojekt wurde von den Abgeordneten gestern einstimmig angenommen.

Der Staat wird sich entsprechend dem von Gérard Anzia („déi gréng“) vorgestellten Gesetz mit 50 Prozent an den Baukosten von 166 Millionen beteiligen. 50 Prozent werden vom Wassersyndikat über Reserven und den Wasserpreis finanziert. Die neue Aufbereitungsanlage wird aus praktischen Gründen nicht in Esch/Sauer, sondern in Eschdorf, in unmittelbarer Nähe des dortigen Wasserreservoirs, gebaut. Auch die Verwaltung zieht von Esch/Sauer nach Eschdorf um.

Die neue Aufbereitungsanlage wird über eine Besuchergalerie verfügen, um so auch individuelle Besucher zu empfangen. Derzeit sind nur vorangemeldete Gruppenbesuche möglich. Die „Wasserfabrik“ (wie sie gestern von einzelnen Abgeordneten etwas hochtrabend genannt wurde) soll zu einem Highlight des Naturparks Obersauer werden.

„Auf stabilen Beinen“

Mit dem Projekt werde die Trinkwasserversorgung auf stabile, sichere Beine gestellt, notierte der frühere delegierte Umweltminister Marc Schank (CSV). Sebes deckt rund die Hälfte des nationalen Trinkwasserverbrauchs ab. Rund 80 Prozent der Bevölkerung wird ganz oder teilweise



Foto: Didier Sylvestre

Die neue Aufbereitungsanlage soll ein Highlight des Naturparks Obersauer werden

mit Wasser aus dem Stausee beliefert. Umweltministerin Carole Dieschbourg („déi gréng“) betonte in ihrer knappen Stellungnahme vor allem, dass dem Naturpark-Syndikat Obersauer heute deutlich mehr finanzielle Mittel zum Gewässerschutz im Einzugsbereich der Sauer zur Verfügung gestellt werden.

Die von Schank aufgeworfene Frage über Verwerfungen zwischen dem Sebes und der Gemeinde Esch/Sauer bezüglich Kompensationsmaßnahmen blieb unbeantwortet. Es geht dem Vernehmen nach um 8 ha an potenziellem Bauland, die durch den Bau der neuen Aufbereitungsanlage in Eschdorf verloren gehen. Offen blieb auch die Frage von Gusty Graas (DP) nach Alternativen zum Stauseewasser. Als Optionen zum Ausbau in

Esch/Sauer waren in der Planungsphase insbesondere die Gewinnung von Uferfiltrat aus der Mosel sowie die Nutzung des Grundwassers von stillgelegten Minette-Galerien diskutiert worden.

Knatsch mit Gemeinde

Dies auch um die Trinkwasserversorgung des Landes auf mehrere Standbeine zu stellen. Etwa wenn die Aufbereitungsanlage komplett vom Netz genommen werden muss. (Wie das im Oktober 2014 mehrere Tage wegen überhöhter Metazachlor-Belastung nach einem Unfall der Fall war.) Dann bleiben als Reserve lediglich 38.000 m³/Tag, die aus drei Brunnen bzw. Tiefenbohrungen gewonnen werden.

Mehr „attachés de justice“

Nach einer kurzzeitigen Entspannung staut es schon wieder an den Gerichten. Um die Bearbeitungsfristen in Einklang mit dem Menschenrecht auf einen Prozess innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens zu bringen, wird die Zahl der „attachés de justice“ von derzeit 20 auf 30 erhöht. Zustimmung von allen Seiten gab es gestern nicht nur zu dieser Aufstockung, sondern auch dazu, dass strukturelle Reformen innerhalb des Justizapparats notwendig sind, um diese schneller und effizienter zu gestalten. „Zu viele Anwälte, zu wenig Richter“, wie Simone Beissel (DP) bemerkte.

Thema Untersuchungshaft

Während es bei kleineren Affären (Haft unter drei Jahren) für „Résidents“ alternative Lösungen zur Untersuchungshaft gibt, werden Nicht-Ansässige derzeit systematisch in U-Haft genommen. Möglicherweise Unschuldige werden so aus ihrem sozialen und beruflichen Umfeld herausgerissen werden. Mit allen Folgen, die das hat. In Zukunft können entsprechend einer EU-Direktive auch Ansässige aus anderen EU-Ländern bis zum Prozess und einer eventuellen Verur-

teilung von Alternativen zur Untersuchungshaft profitieren. Die Initiative hat auch zum Ziel, die Zahl der Personen in U-Haft zu verringern. Von 316 Untersuchungshäftlingen in Schrassig (Stand 7. Juni) hat nach Aussage von Justizminister Félix Braz („déi gréng“) über die Hälfte ihren Wohnsitz nicht in Luxemburg. Keine Aufschlüsselung gab der Minister allerdings darüber, wie viele davon ihren Wohnsitz in der EU bzw. in Drittländern haben.

„Raus aus der Dunkelkammer“

LCGB Kritik an Reform im Pflegesektor

Es fehle an Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, erklärt die Gewerkschaft LCGB bezüglich der bevorstehenden Reform zur Pflegeversicherung. Ihren Unmut darüber brachte sie während einer Pressekonferenz zum Ausdruck.

„Die Regierung hat uns ihren 100-seitigen Gesetzesentwurf zugeschickt, aber seitdem findet kein weiterer Sozialdialog statt. Dies unter dem Aspekt, dass der Text mehr Fragen aufwirft als Klarheit schafft“, erklärt Christophe Knebel, stellvertretender Generalsekretär des LCGB.

Die Gewerkschaft fordert die Regierung dazu auf, den Gesetzestext durch eine Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu überarbeiten und durch das Schaffen von Arbeitsgruppen auszubessern. Der LCGB stört sich aber nicht nur daran, dass die Regierung keinen Sozialdialog mit den Gewerkschaften sucht, sondern der gesamte Gesetzesentwurf soll laut Knebel „aus der Dunkelkammer raus“. Die Regierung möchte laut LCGB im Rahmen des „Zu-

kunftspak“ im Bereich der Pflegeversicherung Einsparungen machen. Jedoch würde sie versichern, dass sich an der Qualität der Dienstleistung nichts ändern werde. Diese Aussage leuchtet der Gewerkschaft nicht wirklich ein. „Wie kann man mit weniger Mitteln trotz allem die gleiche Arbeit leisten?“, fragt Knebel.

Risiken des Sparens

Für den LCGB sind einige Risiken mit den Einsparungen verbunden. So befürchtet die Gewerkschaft, dass Arbeitsplätze eingespart werden, dass Zeitarbeit im Pflegesektor begünstigt wird und dass die Preise für die Unterbringung in Betreuungs- und Pflegeheimen steigen werden. „Es fehlen Details“, bedauert der LCGB. Die Gewerkschaft fordert, dass die Sparmaßnahmen gestoppt werden. Auch was die Finanzierung der Pflegeversicherung angeht, fordert sie, dass die finanzielle Beteiligung des Staats gesteigert werden soll. Des Weiteren fordert der LCGB, dass sich Betriebe an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligen.

Welche Rolle spielten die Luxemburger Behörden während des Zweiten Weltkriegs? Das thematisiert Denis Scuto, Historiker der Universität Luxemburg, in seinem neuen Buch „Chroniques sur l’an 40, les autorités luxembourgeoises et le sort des juifs persécutés“, das von der „Fondation Robert Krieps“ herausgegeben wird.

Das neue Buch von Denis Scuto beschäftigt sich mit den Fragen, inwiefern die Luxemburger Behörden (z.B. Fremdenpolizei und Verwaltungskommission) 1940 mit den NS-Besatzern kollaborierten und welche Rolle sie bei der Judenverfolgung spielten, u.a. bei der Exklusion von Juden aus den Schulen, aus dem Staatsdienst, aus Handel und Handwerk.

Auch stellt Scuto Fragen über die Weiterführung einer diskriminierenden Politik gegenüber ausländischen Juden in der Nachkriegszeit. „Auch nach dem Krieg gab es viele Fälle, bei denen verfolgte jüdische Familien von Luxemburger Justizbehörden verbo-



Der Historiker Denis Scuto

ten bekamen, ins Land zurückzukehren“, erläuterte der Historiker. Es handelt sich bei dem Buch um Chroniken und Artikel, die der Zeithistoriker seit 2013 im Tageblatt veröffentlicht hat.

Der Titel sei unter anderem eine Referenz an das Buch eines belgischen Historikers mit dem Titel „L’an 40“, das in den Siebzigerjahren eine wichtige Debatte in Belgien auslöste, so Scuto weiter. Aber auch die Diskussion, die Vincent Artuso mit seinem Bericht über die Rolle der Verwaltungskommission 1940 ins

Rollen brachte, sei Anhaltspunkt für die Verfassung der Chroniken gewesen, betonte Scuto. „Nach dem Krieg ist der Mythos entstanden, dass die nationalsozialistischen Besatzer umgehend alle Luxemburger Institutionen 1940 abgeschafft hätten“, so Scuto. Dies sei aber nicht ganz richtig, sondern die Institutionen hätten 1940 weiterhin bestanden und womöglich auch kollaboriert.

Fragen aufwerfen

Dem Historiker geht es vor allem darum, mit seiner Veröffentlichung Fragen aufzuwerfen. Hierzu zählen Fragen wie: Warum hat es 70 Jahre gedauert, bis Luxemburg sich der Frage der Kollaboration von Institutionen und Eliten gestellt und sich bei der jüdischen Gemeinschaft entschuldigt hat? Doch Scuto möchte auch ermitteln, wo die Forschung zum Thema Kollaboration und Deportation in Luxemburg heute steht. Vorgestellt wird das Buch, das bereits im Handel erhältlich ist, heute von der „Fondation Robert Krieps“.